

# Hunde müssen an die Leine

Umweltausschuss stimmt mit großer Mehrheit für Verordnungsentwurf der Stadtverwaltung

„Praktisch läuft das auf ein Hundeverbot in Nordenham hinaus“, sagte der FDP-Ratsherr Jürgen-Christoph Gericke und stimmte gegen den Leinen-Entwurf der Verwaltung. Genützt hat es nichts. Mit großer Mehrheit votierte der Ausschuss für Umwelt und Brandschutz des Stadtrates gestern Abend für die Verordnung.

Damit dürfte der weitere Gang durch die Gremien des Stadtrates nur noch Formsache sein. Hundehalter werden sich an eine Reihe von Einschränkungen gewöhnen müssen.

Ein generelles Hundeverbot gilt künftig auf Spielplätzen, Schulhöfen, Kindergarten-Flächen sowie im Bereich des Spielplatzes am Strand.

Ein Leinenzwang wird verfügt

für die Fußgängerzone und angrenzende Bereiche sowie für sämtliche Seenparkgelände, für den Friedeburgpark, den Stadtwald, die Gateteiche, die Grünanlage zwischen Walther-Rathenau-Straße und Jahnstraße, den Bahndamm und den Strand.

Ordnungsamtsleiter Hergen Endlich begründete die Regelungen mit einer Vielzahl von Beschwerden von Bürgern, die sich von Hunden bedroht oder belästigt fühlen. Die Verordnung sei mit dem Veterinäramt des Landkreises und der Polizei abgestimmt, erläuterte er.

## Argumente ungehört

Der Vorschlag des Vereins Pro Tier, Flächen wie den Strand zu bestimmten Zeiten für Hunde frei zu geben, damit die Tiere sich aus-

toben können, wurde von der Mehrheit der Ausschussmitglieder mit dem Hinweis abgelehnt, dass das nicht praktikabel und auch nicht erforderlich sei, weil genügend Raum bleibe, wo Hundehalter ihre Tiere laufen lassen könnten. Auf die Frage, wo das denn sei, kam von der Verwaltung als Beispiel der Hinweis auf den Einswarder Bürgerpark, was sogleich den Einswarder CDU-Ratsherrn Peter Möllenbeck zu Protest veranlasste.

Immerhin ist die Verwaltung beauftragt worden, Flächen auszuweisen, wo Hunde ausdrücklich erwünscht sind. Bleibt abzuwarten, welche Gebiete die Verwaltung nennt. Größere zusammenhängende öffentliche Grünflächen außer denen, auf denen Leinenzwang vorgeschrieben ist, gibt es nicht. Es bleiben die Wohngebiete

und Wirtschaftswege.

Mehrere Hundefreunde waren zu der Ausschusssitzung gekommen und hatten auch Informationsmaterial mitgebracht. Darüber wurde allerdings nicht mehr diskutiert. Die Bürger erhielten auch keine Möglichkeit, ihre Argumente vorzutragen. Der Hinweis des FDP-Ratsherrn Jürgen-Christoph Gericke, dass Hunde für einsame Menschen oft der einzige Partner seien, wurde ebenfalls nicht weiter besprochen. Der Ausschuss stimmte mit den Stimmen von SPD und CDU für die Verordnung.

Dass Hundehalter den Entwurf ernst nehmen sollten, hat die Stadt in Paragraph vier der Verordnung deutlich gemacht. Verstöße gelten als Ordnungswidrigkeiten. Und die können mit einem Bußgeld belegt werden. hei

KZW, 06.10.00